



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Julia-Christina Stange
Evelyn Schötz
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Solidarität mit der Heilmittelversorgung

Die heutige stille Aktion zur Zukunft der Heilmittelversorgung setzt ein wichtiges und richtiges Zeichen. Unsere Fraktion und wir solidarisieren uns mit den Therapeut*innen, Praxisinhaber*innen und Patient*innen. Die Pläne der Bundesregierung gehen in die falsche Richtung. Wir brauchen keine weiteren Kürzungen und Sparzwänge auf dem Rücken derjenigen, die tagtäglich die Versorgung von Patient*innen sichern. Wir brauchen echte Reformen, die die Gesundheitsversorgung sicherstellt, stärkt und krisenfest macht!

Die Folgen des Sparzwangs tragen ausgerechnet diejenigen, die bereits seit Jahren unter hohem wirtschaftlichem Druck, Fachkräftemangel und steigenden Anforderungen arbeiten. Wer bei der Heilmittelversorgung spart, gefährdet nicht nur Arbeitsplätze und Praxisstandorte, sondern auch die Versorgung von Millionen Patient*innen.

Eine gute, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Heilmittelversorgung ist keine freiwillige Leistung, sondern ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss allen Menschen zugänglich sein - unabhängig vom Wohnort oder Geldbeutel. Wenn Praxen schließen müssen oder Fachkräfte ihren Beruf verlassen, entstehen Versorgungslücken, die am Ende die Patient*innen ausbaden.

Besonders kritisch ist, dass mühsam erreichte Fortschritte der letzten Jahre bei besseren Honoraren und faireren Löhnen mit dem BStabG wieder infrage gestellt werden. Gleichzeitig sollen Patient*innen durch steigende Zuzahlungen zusätzlich belastet werden. Das ist sozial ungerecht und gesundheitspolitisch kurzsichtig. Wer notwendige Therapien aus Kostengründen aufschiebt oder abbricht, riskiert langfristig schwerere Erkrankungen und höhere Folgekosten.

Wir unterstützen den Protest ausdrücklich und danke alle Beteiligten für ihr Engagement. Dieser Einsatz macht deutlich: Gute Gesundheitsversorgung braucht gute Bedingungen. Und die werden wir weiter entschlossen einfordern.

Berlin, 10. Juni 2026


Julia-Christina Stange


Evelyn Schötz